

## Nobelpreis für Walter Ulbricht?

Die Sperrung der Grenze zwischen Ost- und Westberlin am 13. August 1961 war eine Notbremung, um ein Abgleiten in einen Dritten – nunmehr mit Atomwaffen geführten – Weltkrieg zu verhindern.

Durch massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften in die reiche BRD stand die DDR am Rand des Zusammenbruchs. Wäre er eingetreten, hätte das offizielle außenpolitische Programm der Adenauer-Regierung verwirklicht werden können: Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in den Grenzen von 1937, also unter Abtrennung von Gebieten, die mittlerweile zur Sowjetunion und der Volksrepublik Polen gehörten. Die UdSSR hätte dies nicht kampflos hingenommen – also Krieg. Den wollten auch die USA nicht. In einer Rede am 25. Juli 1961 nannte Präsident Kennedy drei „Essentials“, bei deren Verletzung die Vereinigten Staaten zu den Waffen greifen würden:



Walter Ulbricht, Staatsoberhaupt der DDR und erster Sekretär des ZK der SED

1. den freien Zugang zwischen der Bundesrepublik und Westberlin;
2. Anwesenheit der westlichen Besatzungsmächte dort,
3. Fortbestand der bisherigen politischen Ordnung in diesem Teil der Stadt.

Es fehlte ein vierter Punkt: freier Übergang zwischen dem Ost- und dem Westteil. Damit hatte Kennedy klar gemacht, dass eine etwaige Sperrung für ihn kein Kriegsgrund sein werde. Als die Mitgliedsstaaten der Warschauer Vertragsorganisation dann den Bau der Grenzanlagen beschlossen und die DDR diese schließlich errichtete, war die Empörung in Medien und Politikerreden zwar gewaltig, aber das war nur noch Gesticulation: es war klar, dass sich der Abgrund, auf den die Welt zu bring, nun erst einmal geschlossen hatte. Selbst Adenauer sah das ein: er weigerte sich, sofort und demonstrativ nach Berlin zu eilen, denn er wollte die Situation nicht aufheizen. Der britische Premierminister Macmillan flog sogar nach Moskau, um zu verhandeln.

Die Bundesrepublik aber musste ein paar Jahrzehnte nachsitzen. In dieser Zeit hatte sie zu kapieren, dass niemand dazu be-

reit war, für ihre Ansprüche auf Schlesien, West- und Ostpreußen Kopf und Kragen zu riskieren. Eine Zwischenstation auf diesem Weg waren die Ostverträge in der Ära Brandt/Scheel. Erst nachdem das klar war, wurde 1990 eine Wiedervereinigung ohne Krieg möglich. Ohne die Berliner Mauer hätte es die nie gegeben. Walter Ulbricht hätte den Friedensnobelpreis verdient, nicht nur Brandt. Wer aber meint, dass die DDR ganz furchtbar war, kann ja vielleicht einen anderen Vorschlag machen, nämlich: Alle ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik – kriegen das Bundesverdienstkreuz dafür, dass sie 28 Jahre lang, von 1961 bis 1989, mit ihrer Unfreiheit den Frieden gerettet haben. Das ist immer noch billiger als eine Entschädigung.

Georg Fülberth

## Der schüchterne Kasper

Wenn ich lache, lachst du wieder,  
Wenn ich nahe, nahst du dich,  
Gerne sitzt du bei mir nieder,  
Gretel, das ermutigt mich.

Wenn ich deinen Arm berühre,  
Sagst du sanft und mütterlich:  
Ich verschließ nur rasch die Türe.  
Gretel, das ermutigt mich.

Wenn ich noch das Leibchen freilege,  
machst du schon die Beine breit.  
Ob ichs wag und mich dir beilege?  
Herrlich ist Verwegenheit!

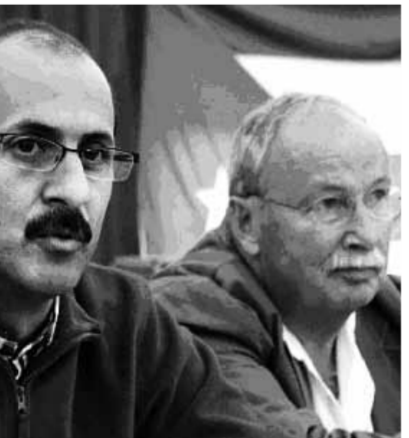
Peter Hacks

(Hacks Werke Band 1 Seite 404)

## Unser 17. Pressefest der UZ war Spitze!



„Autogrammstunde“ mit Georg Fülberth, DKP Marburg



In der Casa Cuba berichtete Noel Carillo von der Internationalen Abteilung beim ZK der KP Kubas über „50 Jahre Sozialismus“.



Die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen rief zum gemeinsamen Kampf gegen die herrschende Politik und das Kapital auf.

Bewegend und beeindruckend war das gemeinsame Konzert von Esther Bejarano mit ihrer Gruppe Coincidence und der Rapgruppe Microphone Mafia.



## marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Oktober 2011 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI #18

## Weil man nicht nur Wasser und Luft zum Leben braucht...

SPD und Grüne wollen Hartz-IV-Gesetze weiter verschärfen

Immer mehr Arbeitslosen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Ein nicht hinzunehmender Umstand, welcher statt abzusichern, von SPD und Grünen verschlimmert wird.

SPD und Grüne brachten in die letzte Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg einen arbeitsmarktpolitischen Antrag ein, der sich nahtlos in die verfehlte Arbeitsmarktpolitik einreicht, die spätestens 2005 seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze ihr ausgrenzendes Gesicht offenbart. SPD und Grüne fordern in diesem Antrag nicht weniger als die Abschaffung von „Zusätzlichkeit“ und „Gemeinnützigkeit“ auf dem weiten Feld der neuen „Arbeitsmaßnahmen“ von Hartz-IV und 1€-Stellen. Was aber bedeutet das? Die Abschaffung von „Zusätzlichkeit“ und „Gemeinnützigkeit“ führt zu einer weiteren Verdrängung des regulären Arbeitsmarktes und damit zu einer Zementierung eines „Vier-Klassen-Arbeitsmarktes“:

1) die erwerbstätigen Normal- und Gutverdiener, 2) die gut vermittelbaren Arbeitslosen, auf die sich alle arbeitsmarktpolitischen

Förderangebote konzentrieren, 3) die zunehmende Masse der „working poor“, der Aufstocker, und 4) zu hunderten tausenden Langzeitarbeitslose - staatlicherseits schlicht abgeschrieben. Warum ein solcher Antrag? Der eigentliche Sinn besteht darin, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung niedrig zu halten bzw. noch weiter zu senken. Von Beitragssenkungen in der Sozialversicherung, die durch Leistungsabbau und Privatisierung herbeigeführt werden, profitieren



aber letztlich allein die Arbeitgeber. Denn die Versicherten bezahlen ihre Beitragsentlastung mit Verlusten bei ihrer sozialen Sicherung, die im konkreten Fall in keinem Verhältnis zu ein paar Euro weniger Beitrag stehen. Umverteilung von unten nach oben. Die zentrale sozialstaatliche Funktion der Arbeitslosenversicherung wird damit langfristig ins Gegenteil verkehrt. Früher sollte diese mit angemessenen Lohnersatzleistungen verhindern, dass Arbeitgeber die Notlage der Erwerbslosigkeit zur Verschlechterung der Arbeits- und Entgeltbedingungen ausnutzen. Positiv ausgedrückt: sie sollte ein tarif- und sozialrechtlich reguliertes Beschäftigungssystem stabilisieren, in dem Arbeitskräfte mit und ohne Arbeit nicht bloß Waren sind, sondern auch Bürgerinnen und Bürger mit sozialen Rechten. Das ist leider Geschichte. Heute wird Deutschland sogar von den Vereinten Nationen (UNO) kritisiert. Der UNO-Ausschuss, der den völkerrechtlichen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte überwacht, stellte im Zusammenhang der Zumutbarkeitsregelung bei 1€-Jobs

„mit Besorgnis“ fest, dass die „Auflage für Empfänger von Arbeitslosengeld, jede ‚zumutbare Arbeit‘ anzunehmen, was in der Praxis als nahezu ‚jede Arbeit‘ ausgelegt werden kann, und der Einsatz von Langzeitarbeitslosen für unbezahlte gemeinnützige Arbeit zu Verstößen“ gegen den Pakt führen kann. Der Ausschuss fordert daher „nachdrücklich“, dafür zu sorgen, dass „Arbeitslosenunterstützungssysteme“ das „Recht des Einzelnen, frei eine Beschäftigung seiner Wahl anzunehmen, sowie das Recht auf gerechtes Entgelt achten.“ Es wird also vor nicht weniger als vor „Zwangsarbeit“ gewarnt! Die Abschaffung von „Zusätzlichkeit“ und „Gemeinnützigkeit“ als Voraussetzung für Zwangsmaßnahmen wird die Menschen aber sicherlich nicht in Arbeit bringen. Man tut nach über 30 Jahren Massenerwerbslosigkeit immer noch so, als wüsste man nicht, dass Vermittlungsanstrengungen da sinnlos werden, wo keine Arbeitsplätze vorhanden sind, in die vermittelt werden könnte!

Tanja Bauder-Wöhr

## Kriegerdenkmal in Bortshausen abrüsten

Kameradschaftsvereinigung „Marburger Jäger“ tritt wieder in Aktion

Ausgerechnet kurz vor dem Antikriegstag am 01. September wurde im idyllischen Marburger Stadtteil Bortshausen ein wuchtiges drei Meter hohes Kriegerdenkmal feierlich eingeweiht. Was war passiert? Aufgestellt wurde das Denkmal, welches an die gefallenen „Marburger Jäger“ im deutsch-französischen Krieg 1870/71 und den beiden Weltkriegen erinnern soll, auf einem privaten Gartengrundstück von der dazugehörigen Kameradschaftsvereinigung „Marburger Jäger/Zweite Panzergranatierdivision“, die bereits ein Vereinsheim in Bortshausen betreiben. Vorher stand das Denkmal u.a. in der Neustädter Kaserne. Als diese geschlossen wurde, suchten die Kameraden nach einem neuen Ort. Die Geschichte der „Marburger

Jäger“ ist eng mit der Geschichte des deutschen Imperialismus und Nationalismus verbunden, wie die hiesige Geschichtswerkstatt verdientvoll herausgearbeitet hat: Niederschlagung der Pariser Kommune und des Boxer-Aufstands in China, Beteiligung am Völkermord an den Hereros im damaligen „Deutsch-Südwestafrika“ und nach der Auflösung aktiv im Kapp-Putsch und an der Ermordung der thüringischen Arbeiter in Mechterstädt. Aber auch mit den aktuellen Kameraden ist nicht gut Kirschen essen. Diese stellen sich nicht nur bewusst in die Tradition der „Marburger Jäger“, sondern demonstrieren Ende der 1990er Jahre gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Antifaschistische Gruppen haben mehrfach Verbindungen zur neo-

faschistischen Szene aufgedeckt. Der Marburger Linken liegen eine Reihe von Hinweisen vor, dass der Magistrat die Aufstellung des Denkmals in Bortshausen mindestens toleriert, wenn nicht gar aktiv unterstützt hat. So soll er den Transport des Denkmals sogar bezahlt haben. Die Verantwortlichen schweigen dazu. Sie haben ihre Rechnung aber ohne engagierte sich wehrende Bortshäuser gemacht. Um ihrem Protest zu unterstützen, hat die Marburger Linke einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der Licht ins Dunkel bringen soll. Ein Wiederaufleben von militaristischen Traditionen ist zu befürchten. In Marburg steht rund 30 Kriegerdenkmälern lediglich ein Antikriegsdenkmal gegenüber. Im Schatten weltweiter Kriegseinsätze

ze der Bundeswehr, scheint die Glorifizierung von Soldatentum als Heldentum wieder Konjunktur zu haben. Die Aufstellung von verkäuflichen Kriegerdenkmälern an historisch unpassenden Orten ist reaktionär und überflüssig. Das Denkmal sollte in Bortshausen abgerüstet werden. Stattdessen wäre im Sinne der Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ zu überlegen, wie und wo in Marburg Mahnmale für Frieden und welt-



Jan Schalauske, Die Linke, Autor dieses Artikels

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg  
www.marburger-echo.de  
info@dgp-marburg.de  
Auflage: 1.000  
nächste Ausgabe: Januar 2012

Nächste Mitgliederversammlungen der DKP:  
Mittwoch, 12. Oktober, und Mittwoch, 9. November, jeweils ab 20 Uhr im Rotkehlchen, Rudolf-Bultmann-Straße 2

Kontakt:  
info@dgp-marburg.de

Spätestens acht Tage nach jeder Stadtverordnetenversammlung bringt die DKP Marburg ein Stadtinfo heraus, in dem Tanja Bauder-Wöhr, Stadtverordnete der MARBURGER LINKEN und Mitglied der DKP ihre Ansicht zu den Themen vorträgt, die sie selbst für besonders wichtig hält

## Im Übrigen...\*

von Adi Reiher

...gibt es Neues von Mutter Kristina. Mütter der Nation hat es schon so einige gegeben. Inge Meysel und Marie-Luise Marjan sind Amtsinhaberinnen. Doch die eine ist tot und die andere nähert sich - mit Verlaub - dem Rentenalter. Das ist anscheinend der Moment, seinen Hut bzw. sein Hütchen in den Ring zu werfen - mit dem Anspruch auf Nachfolge. Den hat jetzt Kristina Schröder erhoben. Nach ihrer Babypause kehrte sie ins Ministerium zurück. Mit der zehnten Wochen alten Tochter Lotte Marie im Schlepptau. „Die knallrote Wickeltasche mit weißen Punkten steht griffbereit hinter ihrem Schreibtisch“, schreibt „Bild“. Und der „Spiegel“ weiß, dass die Ministerin schließlich zeigen will, „wie sich Kind und Beruf vereinbaren lassen - auch wenn Schröder zugibt, dass es nicht einfach wird“. Aber als Ministerin ist man eben Vorbild.

Wie muss das in den Ohren von allein erziehenden Müttern klingen, die von Hartz IV leben müssen, keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und nun von der Frau Ministerin höchstpersönlich gezeigt bekommen, wie frau es macht - mit Chauffeur, einem Beamtenapparat und Rundumbetreuung eben. Minister-Mutti Kristina eignet sich nach sozialer und politischer Stellung per se nicht als Vorbild. Auch deswegen nicht, weil sie ihre Tochter - aus billigem politischem Kalkül - schon im Babyalter den Massenmedien zum Fraß vorwirft. Das Etikett „Baby im Ministerium“ wird die Kleine vorerst nicht mehr los.



